

Der Donauwörther Rüstungsproduzent Dr. Emil Loeffellad (1879–1946) und die Rüstungspolitik des Deutschen Reiches von der Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus

Mit dem Namen Dr. Emil Loeffellad verbindet sich in Donauwörth nicht nur eine Straße auf dem Schellenberg. Sie verweist auch auf jenen Unternehmer, der die Industrialisierung nach Donauwörth brachte. Die von ihm gegründete Maschinenfabrik existiert bis heute fort und firmiert derzeit unter dem Namen Airbus Helicopters. In Loeffellads Geschichte spiegelt sich der steile Aufstieg und jähe Fall eines ehrgeizigen Emporkömmlings aus der Provinz. Während der Erste Weltkrieg für die Mehrzahl der Deutschen Zerstörung und Verwirrung bedeutete, brachte er für Emil Loeffellad beträchtlichen finanziellen Reichtum. Diesen investierte er in den Aufbau einer Fabrik an der Donau, in der Hoffnung seinen Reichtum weiter zu vermehren. Sein Unternehmensplan setzte auf solche politisch-ökonomische Tätigkeitsfelder wie Armee und Kriegswirtschaft, die nach dem Versailler Friedensvertrag internationaler Kontrolle und damit politischen und finanziellen Restriktionen unterlagen. Mangelnde Weitsicht, übertriebener Eigennutz und ungünstige politische Umstände führten letztlich zu seinem ökonomischen und persönlichen Niedergang. In diesem Aufsatz wird der Werdegang des Donauwörther Unternehmers beschrieben und näher auf seine Konfrontation mit dem Heereswaffenamt eingegangen. Es werden die Konfliktfälle, die Dr. Loeffellad mit den staatlichen Instanzen auch gerichtlich auszufechten hatte, näher beleuchtet. Schließlich wird an Hand seines Falles der bayerisch-preußische Dualismus illustriert und die Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes, die zu seiner Enteignung führten, dargestellt.

Aufstieg Emil Loeffellads 1919–1925

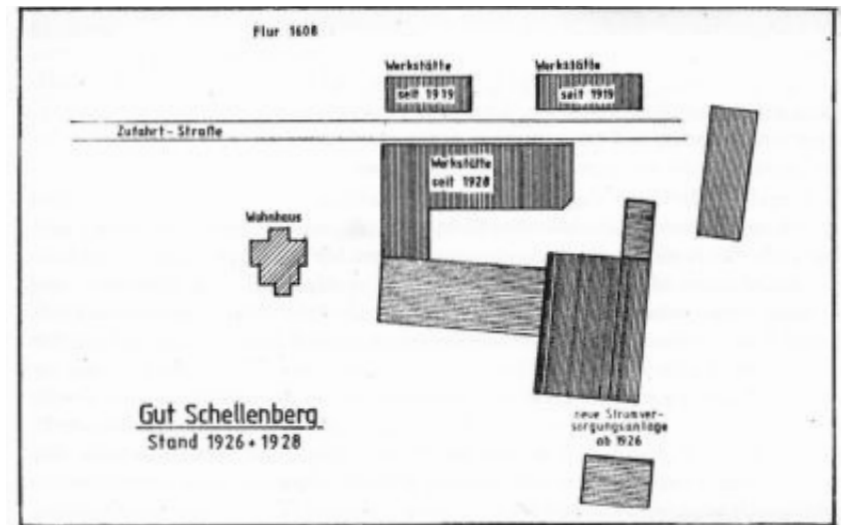
Emil Loeffellad wurde am 5. Dezember 1879 auf dem Kreuzhof zu Berg geboren. Er besuchte das Progymnasium in Donauwörth und zog nach



Passbild Dr. h. c. Emil Loeffellad, aus: RUDOLF RAUTER, Licht für Donauwörth, Nördlingen 1984.

seiner Lehre nach Stuttgart. Dort arbeitete er in der Metallwarenfabrikation und gründete schließlich seinen eigenen Betrieb. Zu ansehnlichem Reichtum brachte er es während des Ersten Weltkriegs. Aus gesundheitlichen Gründen nahm er daran nicht teil, sondern produzierte stattdessen gewinnbringend Rüstungsmaterial für das Heer. Gegen Ende des Krieges organisierte er seine Rückkehr in seine Heimatstadt. Dazu erwarb er, zusammen mit seinem Bruder August, die Scheidemandsche Trassmühle von der Stadt Donauwörth, den Gutshof auf dem Schellenberg von der Pädagogischen Stiftung Cassianum und ein Wohnhaus an der Festwiese. Einem glänzenden Aufstieg folgte ein jäher Fall.

Seine Heimatstadt stach bis dato in ökonomischer Hinsicht nur im Buchdruckergewerbe des einflussreichen Unternehmers Ludwig Auer hervor. Ansonsten bezog die Stadt ihr Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Umfeld. Die Kleinstadt Donauwörth steht somit exemplarisch für den „niedrigen Industrialisierungsgrad“¹ des Königreichs bzw. Freistaats Bayern. Mit der Rückkehr des Unternehmers Emil Loeffellad aus Stuttgart kam jedoch die Industrialisierung auch nach Donauwörth. Er richtete nicht nur 1919 auf seinem Gutshof auf dem Schellenberg zwei Werkstätten ein, sondern baute 1920 die alte Trassmühle an der Donau in eine moderne Maschinenfabrik um. Somit waren die Grundpfeiler gelegt für seinen Plan, in Donauwörth sein in Stuttgart erfolgreich erprobtes Geschäftsmodell der Rüstungsproduktion und -lieferungen für das Heer in großem Umfang fortzusetzen und auszubauen. Der Betriebsbeginn verzögerte sich jedoch um mehrere Jahre. Zum einen sorgten die Nachkriegswirren auch für eine wirtschaftliche Krise, wodurch Aufträge für das Donauwörther Werk ausblieben. Zum anderen erlaubte der Versailler Friedensvertrag von 1919 nur eine reduzierte Heeresstärke für das Deutsche Reich und legalisierte darüber hinaus nur 30 Rüstungsunternehmen.² Erst mit der Ruhrkrise 1923 wendeten sich die Aussichten auf baldige Inbetriebnahme des Werks. Im April 1924 führte Loeffellad Gespräche mit



Lageplan Hofgut Schellenberg mit Bauzustand 1919 bis 1928, aus: Rudolf Rauter, Licht für Donauwörth.

dem Heereswaffenamt des Reichswehrministeriums und handelte einen Liefervertrag für Munitionshülsen aus. Daraufhin subventionierte das Heereswaffenamt die Einrichtung seiner Fabrik zur Munitionsproduktion mit etwa vier Millionen Reichsmark.

Seinen ökonomischen Aufstieg zum erfolgreichen Unternehmer ummantelte Loeffellad mit Auszeichnungen, die ihn in den Rang einer ehrwürdigen Persönlichkeit erhoben. Noch zu Zeiten der Weimarer Republik war es in Unternehmerkreisen durchaus üblich, einen oder mehrere Ehrentitel seinem Namen hinzuzufügen und damit die Distinguiertheit der Person im sozialen Umfeld zu betonen.³ Nach solchen Ehrungen strebte auch Emil Loeffellad. Er nutzte seine Beziehungen aus Stuttgarter Zeiten, um über die Universität Tübingen einen Dokortitel *honoris causa* zu erwerben. Nach ausgiebigen Spenden an die dortige Universität wurde ihm von der juristischen Fakultät im Januar 1923 der Dokortitel verliehen. Nur knapp drei Jahre später, am 22. Dezember 1925, wurde ihm der Ehrentitel „Kommerzienrat“ vom Bayerischen Staatsministerium für Handel, Industrie und

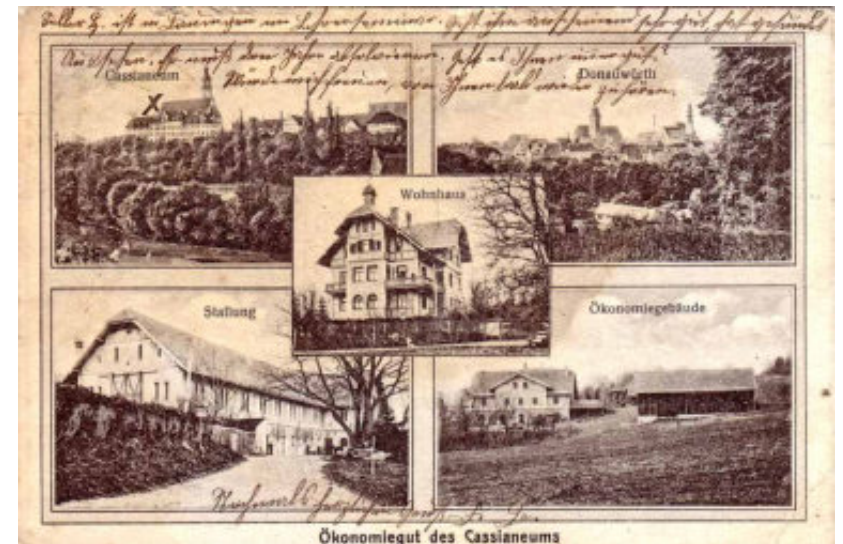
Gewerbe verliehen.⁴ Beide Titel fungierten als Entréebillet in die Kreise der bayerischen Honoratioren und ermöglichten ihm darüber hinaus den Zugang zu und die Ebenbürtigkeit im Umgang mit den politisch und ökonomischen Entscheidungsträgern im Deutschen Reich.

Somit stand Kommerzienrat Dr. Emil Loeffellad zu Beginn des Jahres 1926 auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Er war Besitzer einer modernen Maschinenfabrik und ein sozial angesehener Unternehmer, der über die Grenzen seiner nordschwäbischen Heimatstadt Donauwörth hinaus seine Netzwerke spannte und Geschäftsbeziehungen unterhielt.

Streit mit dem Reichswehrministerium

Die Krise und letztendliche Schließung der Maschinenfabrik waren nicht der Weltwirtschaftskrise, die 1929 einsetzte, geschuldet, sondern ein Resultat des spezifischen Loeffelladschen Geschäftsmodells. Dieses beruhte auf illegalen Heereslieferungen. Illegal war seine Rüstungsproduktion deshalb, weil das Reichswehrministerium, ausgelöst durch die Ruhrkrise 1923 und den Unruhen in den deutschen Ostgebieten, eine im Umfang größere Armee unterhielt, als es die Kontingente des Versailler Vertrags vorsahen. Die Militärs im Heereswaffenamt vergaben ihre illegalen Rüstungsaufträge bevorzugt an Fabriken, die grenzfern lagen und somit weder im Westen von den Franzosen noch im Osten von den Polen bedrängt oder entdeckt werden konnten. Die geostrategische Lage der Stadt Donauwörth erfüllte diese Bedingungen und erleichterte es Loeffellad, in den Kreis der Lieferanten für die „Schwarze Reichswehr“ aufgenommen zu werden.⁵

Konkret produzierte die Loeffelladsche Fabrik Artilleriemunition, insbesondere Geschosshülsen. Als sogenannte Halbfabrikate wurden diese in Donauwörth produziert und zur Weiterverarbeitung nach Ingolstadt transportiert. Entscheidend für den Betrieb einer illegalen Rüstungsfabrik waren die Geheimhaltung und Tarnung ihrer Produktion. Deshalb stellte Loeffellad ganz offiziell Pufferhülsen für die Reichsbahn her, die im gleichen Verfahren wie Geschosshülsen gefertigt werden konnten. Für die Arbeiter und Angestellten in der Fabrik an der Donau oder in den Werkhallen auf dem Schellenberg war daher nicht unmittelbar ersichtlich, dass der Verwendungszweck der Halbfabrikate auch ein anderer als nur für die Reichsbahn sein könnte.



Ansichtskarte Hofgut Schellenberg mit Wohnhaus. Foto: privat.

Während sich die Wirtschaft der Weimarer Republik Mitte der 1920er Jahre von ihrem Nachkriegstief erholte, hatte Loeffellad schwerwiegende Konflikte vor Gericht auszufechten. Zwei Faktoren waren hierfür maßgeblich: zum einen der Rüstungsvertrag mit der „Schwarzen Reichswehr“ und zum anderen seine ureigene Persönlichkeit. Der Rüstungsvertrag mit der Reichswehr wurde zwar 1927 über die Stamag⁶ schriftlich fixiert, implizierte jedoch auf Grund des Primats der Geheimhaltung und Illegalität Unschärfen, die unterschiedliche Interpretationen zuließen. So entspann sich der Konflikt an Fragen über die Preise, die Lieferfristen und die Qualität der gelieferten Ware, und nicht zuletzt an den Geschäftsmethoden des Unternehmers selbst. In den Quellen finden sich vielfach Äußerungen, die die industriellen Kenntnisse und Fähigkeiten des Unternehmers Dr. Loeffellad in Zweifel zogen. Der bayerische Ministerpräsident Held schien die Differenzen zwischen Heereswaffenamt und Dr. Loeffellad eher nachsichtig als Anfangsschwierigkeiten betrachtet zu haben:

Meine Erkundigungen bei der Reichsbahn-Gesellschaft haben ergeben, dass man dort anfänglich auch mit Herrn Loeffellad gewisse

Schwierigkeiten hatte, die insbesondere darauf zurückzuführen waren, dass er, obwohl selbst nicht technisch gebildet, auch in technischen Dingen die Führung beanspruchte und dass so die Leistungen des Werkes längere Zeit nicht befriedigten.⁷

Ähnlich kritisierten die Militärs im Reichswehrministerium die fachliche Inkompetenz des Unternehmers und sahen darin den Grund aller Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit:

Das Versagen der Firma führten die Herren des RWM [Reichswehrministerium; ER] und der Stamag auf die mangelnden technischen u. kaufmännischen Fähigkeiten Dr. Löffellad's zurück.⁸

Auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen im Falle Emil Loeffellad zwischen bayerischer Staatsregierung und dem Reichswehrministerium wird weiter unten näher eingegangen. Dem Urteil der Militärs aus dem Reichswehrministerium folgten auch die Rechnungsprüfer der Berliner Revisions- und Treuhand AG, die wenige Jahre nach Betriebsschließung Einsicht die Buchführung Dr. Loeffellads nahmen:

Im Verlaufe der geschäftlichen Zusammenarbeit ergaben sich Unzuträglichkeiten, die dadurch entstanden, dass nach Ansicht der auftraggebenden Stelle [Stamag; ER] Dr. L. für seine Fabrikate unverhältnismäßig hohe Preise berechnete, die ihm ungewöhnliche Gewinne einbrachten, dass die gelieferten Produkte teilweise unbrauchbar waren, und dass die Lieferfristen stark überschritten wurden. Das Vertrauensverhältnis mag auch dadurch wesentlich beeinflusst worden sein, dass durch die undurchsichtige Art des ganzen Abrechnungswesens bei der Firma Dr. L. – die jeder kaufmännischen Ordnung widersprach – eine gewisse Kontrolle der auftraggebenden Stelle hinsichtlich der Angemessenheit der Preise der Fertigprodukte verwehrt war.⁹

Daraus wird deutlich, dass Loeffellad eine fundierte Ingenieursausbildung fehlte, die die alleinige Kontrolle über die Produktion in der Maschinenfabrik sowohl für den Abnehmer als auch die Arbeitnehmer zufriedenstellend gewährleistet hätte. Die erwähnte eigenwillige Buchführung mag weniger mangelnden buchhalterischen Kenntnissen geschuldet gewesen sein als vielmehr seinem ausgeprägtem Gewinnstreben.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen warfen die Militärs Loeffellad außerdem Bauwut und Großmannssucht vor:

Dr. Löffellad habe seine Werksanlagen in einer Weise ausgebaut, die in keinem Verhältnis zu den in Aussicht gestellten Lieferungen gestanden habe; so habe er ein großes Bürohaus gebaut; das Presswerk habe er trotz Warnung der bauausführenden Firma auf einen Platz gestellt, dessen Untergrund nicht die erforderliche Festigkeit gehabt habe; das Gebäude habe sich um 1 ½ Meter gesenkt. Löffellad leide an „Baupsychose“.¹⁰

Diese Differenzen zwischen Dr. Loeffellad und dem Reichswehrminister setzten im Herbst 1928 (Kündigung des Liefervertrags seitens des Reichswehrministers) ein und führten Ende 1929 zur Schließung der Fabrik. Aus Gründen der notwendigen Geheimhaltung war es dem Reichswehrministerium nicht möglich, Klage gegen Loeffellad zu erheben. Zudem sah eine Vertragsklausel vor, dass Streitigkeiten vor einem Schiedsgericht ausgetragen werden mussten. Schließlich betrachtete Reichswehrminister Wilhelm Groener Ende Mai 1929 alle Einigungsmöglichkeiten mit dem eigenwilligen Donauwörther Unternehmer als ausgeschöpft und legte dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held nahe, auf Dr. Loeffellad einzuwirken, dass dieser das Schiedsgericht anrufe.¹¹ Loeffellads berechtigtes Misstrauen gegenüber dieser Institution und seiner Zusammensetzung sowie seine nicht unbegründeten Befürchtungen, dass das Heereswaffenamt darauf abziele, ihm seine Fabrik wegzunehmen, führten dazu, dass das Schiedsgericht erst mit anderthalbjähriger Verzögerung angerufen werden konnte.¹² Zwischenzeitlich erhofften sich beide Parteien, den Streit über mehrere Stellvertreterprozesse, angestiftet durch die Reichsbahn, vorzeitig für sich entscheiden zu können.

Der Fall – Prozesse gegen die Reichsbahn 1931–1933

Da dem Reichswehrministerium ein Klageverfahren gegen den störrischen Unternehmer aus Geheimhaltungsgründen versagt blieb, übernahm die Reichsbahn, als zweiter Vertragspartner, stellvertretend diese Aufgabe. Daraufhin hatte sich Kommerzienrat Dr. Emil Loeffellad gleich in zwei Gerichtsverfahren gegen die Reichsbahn zu verantworten: Im März 1930 wurde eine Zivilklage auf Vertragsstrafe und Schadensersatz in München eröffnet, und ein Jahr später folgte ein Strafprozess wegen „fortgesetzten Betrugs“ in Neuburg a. D.

Nur wenige Monate nach Schließung der Maschinenfabrik in Donauwörth im Dezember 1929 reichte die Reichsbahn am 10. März 1930 vor dem Landgericht München Klage auf Schadensersatz ein. Begründet wurde diese mit der Nichteinhaltung des Liefervertrags, die aus der Schließung der Fabrik resultierte. Archivalisch sind keine Dokumente zu Streitigkeiten zwischen der Reichsbahn und Dr. Loeffellad überliefert. Aus der Berichterstattung der Tageszeitungen über das Klageverfahren lässt sich jedoch eine auffallende Parallele zu den Auseinandersetzungen zwischen dem Reichswehrministerium und dem Donauwörther Fabrikbesitzer erkennen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass dieser von der Reichsbahn angestregte Prozess wegen Betrugs lediglich die Rolle eines Stellvertreterprozesses einnahm, in dem das Reichswehrministerium seine Differenzen mit Dr. Emil Loeffellad klären, sprich: ihn bestrafen wollte. Reichswehrminister Groener und die Militärs aus dem Heereswaffenamt sahen sich zu diesem Schritt genötigt, weil die entstandenen Streitigkeiten über Preisgestaltung, Lieferfristen, Produktqualität und ausstehende Zahlungen nicht wie vertraglich vorgesehen über ein einzusetzendes Schiedsgericht geklärt werden konnten, da Loeffellad sich diesem verweigerte.

Anders als das Reichswehrministerium hatte die Reichsbahn ihren Vertrag zur Produktion von Pufferhülsen nicht gekündigt, so dass Dr. Loeffellad seine Aufträge hätte erfüllen können. Vor diesem Hintergrund muss man die Werksschließung als einen raffinierten Schachzug Loeffellads begreifen, der dadurch sowohl das Reichswehrministerium in Berlin als auch das bayerische Staatsministerium unter Zugzwang setzte.¹³ Von seiner radikalen Entscheidung der Betriebsschließung erhoffte er sich einerseits Beistand aus München gegen das Betreiben der Militärs in Berlin, ihn aus seiner Fabrik zu drängen, und zum anderen ein Einlenken des Reichswehrministeriums in Form der Einhaltung seiner vertraglichen Verpflichtungen.

In Zeiten der Weltwirtschaftskrise waren Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region Nordschwaben ein gewichtiges Argument für die bayerische Staatsregierung, die Maschinenfabrik umgehend wieder in Gang zu setzen. Eine Zusammenarbeit mit Loeffellad war daher unumgänglich. Die Donauwörther Maschinenfabrik war gleichsam ein Prestigeobjekt, weil es auch die einzige Fabrik in ganz Bayern war, die ein derart großes und modernes Presswerk besaß, dass hier Eisenbahnpufer hergestellt werden konnten. Auf die Bedeutung der Donauwörther

Maschinenfabrik für Reichsaufträge nach Bayern verwies auch die *Neue Augsburger Zeitung*:

Er hat durch sein Verhalten die Bayerische Gruppenverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gezwungen, da kein anderes Werk in Bayern die Herstellung übernehmen konnte, ihre Aufträge an außer-bayerische Firmen zu geben.¹⁴

Hier trafen sich die Interessen Dr. Loeffellads und der bayerischen Staatsregierung, so dass sich unter dem Dach des bayerischen Patriotismus und ungeachtet der schwierigen Persönlichkeit Dr. Loeffellads die politischen Entscheidungsträger in München mit dem Donauwörther Unternehmer verbündeten. Neben seinem treuesten Unterstützer, dem Donauwörther Oberbürgermeister Dr. Michael Samer, setzte sich insbesondere auch Ministerialdirektor Schenk im Außenministerium für die Interessen Loeffellads ein:

Unter diesen Umständen [nach den ausführlichen Erläuterungen der Loeffelladschen Position durch den Donauwörther Oberbürgermeister Michael Samer; ER] bin ich mit Ihnen der Auffassung, dass für die Bayerische Regierung aller Anlass besteht, sich in den jetzt anscheinend in Gang kommenden abschließenden Verhandlungen aktiv zu beteiligen und dahin zu wirken, daß hierbei *berechtigte Interessen* (m. H.) der Fa. Loeffellad nicht verletzt werden. Die in Aussicht genommene Überprüfung der im Loeffellad'schen Betriebe vorhandenen Bestände und der erstellten Abrechnungen kann einer schiedlich-friedlichen Lösung des Streitfalls dienen.¹⁵

Allerdings verlor der streitbare Unternehmer durch sein uneinsichtiges und kompromissloses Verhalten zunehmend an Rückhalt in München und nach dem Bürgermeisterwechsel in Donauwörth 1929 auch im dortigen Stadtrat. Bei seinen Fabrikarbeitern war er ohnehin unbeliebt. Er gehörte zu jenen Arbeitgebern, denen ein verheerender Ruf vorauselte. Der zeitgenössischen Berichterstattung über den Prozessverlauf 1931 ist zu entnehmen, dass vor allem die Arbeiter und ihre politischen Vertreter, die Sozialdemokraten, kein gutes Haar an Loeffellad ließen. Von einem Mitarbeiter, dem Maschinentechner Gustav Zanoli, wurde er als „ein rücksichtsloser, brutaler Arbeitgeber“ beschrieben, „dessen zweites Wort bei irgendeinem Befehl oder Auftrag war ‚Wenn ihnen das nicht passt, so können sie gehen‘“.¹⁶ Selbst in einer Sitzung des Bayerischen Landtags wurde Dr. Loeffellad als negatives Beispiel eines Unternehmers zitiert.¹⁷

Der unerbittliche Umgang Loeffellads mit seinen Arbeitern und Angestellten erwies sich als die Schwachstelle in seinem Streit mit dem Reichswehrministerium. Es war sicherlich kein Zufall, dass sechs Wochen nach Aufkündigung der Verhandlungen seitens des Reichswehrministers Groener bei der Reichsbahn in München ein Schreiben einging, in welchem Loeffellad beschuldigt wurde, die Reichsbahn betrogen zu haben.¹⁸ Diese Aktion einer Gruppe von Angestellten und Arbeitern aus dem Loeffelladschen Betrieb diente dem *Reichswehrministerium* als Instrumentarium, um über das *Reichsverkehrsministerium* das zu erreichen, was ihm auf Grund der an Dr. Loeffellad illegalen vergebenen Rüstungsaufträge verschlossen blieb: ihn auf gerichtlichem Wege aus seinem Betrieb zu entfernen. Die Tatsache, dass Minister Groener den damaligen Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Julius Dorpmüller, ermutigte, den Donauwörther Unternehmer zu verklagen, weil „eine gerichtliche Untersuchung gegen Dr. Loeffellad überraschende Ergebnisse zeitigen“ würde, liefert ein Indiz für diese These.¹⁹ Hinzu kommt, dass der Auftragsstopp für die Donauwörther Maschinenfabrik aus dem *Reichswehrministerium* heraus und nicht aus dem *Reichsverkehrsministerium* erfolgte. Ab Mai 1929 wurden die Aufträge an ein anderes Werk vergeben.²⁰ Nur wenige Tage zuvor, in einer internen Besprechung im Reichswehrministerium, lancierten die Militärs die Schichau-Werke in Elbing in Westpreußen als Alternative zu Donauwörth.²¹ Die Reichsbahn hingegen hatte nie einen Auftragsstopp für die Loeffelladsche Fabrik erteilt.

Es ist hervorzuheben, dass von den Berliner Ministerien selbst keine Anklage gegen Dr. Loeffellad erhoben worden ist. Das Schreiben der Angestellten, die ihn des Betrugs bezichtigten, diente als Blaupause für ein Klageverfahren, welches im günstigsten Falle von Loeffellad selbst anstoßen werden sollte. Dieser schien das Spiel der Herren in Berlin jedoch durchschaut zu haben und reagierte auf die Vorwürfe der Angestellten nicht. Auf die Frage des Richters, ob er den Herrn Meier nicht wegen Verleumdung angezeigt hätte, antwortete Dr. Loeffellad in kryptischen Worten: „Nein! Aus ganz triftigen Gründen!“²² Daher kam die Reichsbahn unter Zugzwang, diesen Vorwürfen nachzugehen. Wie oben erwähnt, ermutigte Groener Generaldirektor Julius Dorpmüller, die Anschuldigungen der Angestellten gerichtlich untersuchen zu lassen. Loeffellad scheute aber weder einen Gerichtsprozess noch die Öffentlichkeit. Die Resonanz in der Be-

völkerung war tatsächlich enorm, wie beispielhaft der Bericht der *Neuen Augsburger Zeitung* zeigt:

Es war ein Rießenzprozess, der sich am Freitag und Samstag vor dem erweiterten Schöffengericht beim Landgericht Neuburg abspielte, ein Prozeß, von dem man prickelnde Sensationen erwartete. Seit Jahren lastete über dem Betrieb des Kommerzienrates Dr. h.c. Löffellad in Donauwörth ein Geheimnis, über das nie greifbare Tatsachen zu erfahren waren. Im Volksmund gingen Gerüchte, denen man ohne weiteres keinen Glauben schenken konnte und wollte. Über Nacht war an der Donau ein riesiges Werk entstanden. Der Besitzer dieses Werkes, (...) ein von seinen Arbeitern und Angestellten gleich gefürchteter Mann, stand (...) vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen eines Verfahrens des fortgesetzten Betrugs der Gruppenverwaltung Bayern der deutschen Reichsbahngesellschaft gegenüber begangen, zu verantworten.²³

In dem zweitägigen Prozess wurde er von den Zeugen, seinen Arbeitern und Angestellten, nicht nur schwer belastet, sondern auch als betrügerischer Lieferant und ausbeuterischer und rücksichtsloser Fabrikherr beschrieben. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Monat Haft und zu einer Zahlung von 15.000 Mark Strafe. Dagegen lege er Revision beim Landgericht Neuburg a. D. ein, welches das Urteil auf Betrug bestätigte, die Strafe jedoch auf 5000 Mark reduzierte. Von seiner Unschuld überzeugt, scheute er den Weg zum obersten Gericht, dem Reichsgerichtshof in Leipzig, nicht, um Berufung gegen das Urteil einzulegen. Aber Mitte September 1931 wurde auch dort sein Revisionsantrag als unbegründet abgewiesen.

Neben der strafrechtlichen Verurteilung als Betrüger hatte er sich des weiteren in einem Zivilprozess zu verantworten, in dem ihn die Reichsbahn auf Schadensersatz verklagte. In Kombination mit dem vorangegangenen Strafprozess lässt sich eine Strategie des Reichswehrministeriums in Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium gegen Dr. Loeffellad erkennen: Nach einem Schuldspruch und anschließend hoher Geldstrafe wäre er gezwungen, die Maschinenfabrik Donauwörth zu verkaufen. Damit hätte das Heereswaffenamt und die Militärs ihr oberstes Ziel, Dr. Loeffellad aus der Rüstungsproduktion zu entfernen, erreicht.

Dieser Zivilprozess erstreckte sich über einen ungewöhnlich langen Zeitraum von über 27 Monaten und endete mit einem völlig anderen Ergebnis als von den Ministerien erwartet worden war. In den Worten der *Neuen*

Augsburger Zeitung war das „Ergebnis dieser Einvernahmen (..) ein ganz eigenartiges, ja geradezu umwälzendes (...)“.²⁴ Dr. Loeffellad wurde von allen Vorwürfen freigesprochen. In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte bemerkenswert: Erstens, der Vorwurf des Betrugs wurde dadurch entkräftet, dass es sich vermeintlich um ein „Angestelltenkomplott“ gehandelt hätte, dem Lohnstreitigkeiten und ein Angestelltenzwist zugrunde gelegen hätten.²⁵ Diese Wende wurde durch die Aussage des Hauptzeugen der Anklage, Ingenieur Benzing, herbeigeführt. Laut der zeitgenössischen Berichterstattung hätte er unter Eid eine völlig andere Aussage getätigt als noch im Strafgerichtsprozess. Er erklärte, dass er seine Aussage, die seine Kollegen und seinen Chef schwer belasteten, aus Ärger über eben diese Kollegen gemacht hätte. Zweitens fand der Vernehmungstermin der Zeugen vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts München, am 16. Juni 1932 statt, also unmittelbar nach der Verkündung des Vergleichsspruchs des Schiedsgerichts (Dr. Loeffellad versus Reichswehrministerium) in der ersten Junihälfte 1932.²⁶ Das Schiedsgericht erkannte auf Gültigkeit des Vertrags zwischen Dr. Loeffellad und der Stamag (Reichswehrministerium) und entschied damit zu Gunsten des Donauwörther Fabrikbesitzers. Dies war das weit aus wichtigere Urteil, denn es gab Dr. Loeffellad Recht und brachte das Reichswehrministerium wider Erwarten in das Dilemma, erneut mit ihm verhandeln zu müssen.

Das Erstaunen der Zeitgenossen über die „überraschende Wendung“ oder das „eigenartige Ergebnis“ dieses Zivilprozesses erschließt sich, wenn man das Gerichtsverfahren in den zeitgenössischen Kontext der geheimen Rüstungspolitik des Reichswehrministeriums setzt.²⁷ Wie oben schon erwähnt handelte es sich bei beiden Prozessen, dem Straf- und dem Zivilprozess, die die Reichsbahn gegen Dr. Loeffellad anstrebte, um Stellvertreterprozesse. Faktisch vertrat die Reichsbahn hier das Reichswehrministerium, das im Streit über die Lieferbedingungen den Vertrag mit Dr. Loeffellad gekündigt hatte und in den folgenden Verhandlungen keine Einigung erzielen konnte. Reichswehrminister Groener und die Militärs im HWA wollten unter keinen Umständen weiter mit Loeffellad zusammenarbeiten, konnten den Vertrag aber auch nicht einfach kündigen, da dieser nicht nur geheim, sondern auch illegal war. Sie hofften auf das Schiedsgericht, das die Unregelmäßigkeiten Dr. Loeffellads vor allem bei der Preisgestaltung nachweisen und sie somit aus dem Vertrag entlassen würde. Die Hoffnung der

Militärs waren umgekehrt die Bedenken Loeffellads, der daher die Anrufung des Schiedsgerichts vermeiden wollte. Um ihn zu diesem Schritt zu zwingen, bediente sich Groener der Unterstützung Dormüllers, der dafür sorgte, dass Loeffellad des Betrugs schuldig gesprochen wurde und folglich nicht mehr umhin konnte, zur Lösung des eigentlichen Konflikts mit dem Reichswehrministerium, das Schiedsgericht anzurufen. So führte der für Groener unerwartete Schiedsspruch zu der für die Zeitgenossen unerwarteten Wende im Zivilprozess gegen Dr. Loeffellad.

Die Hintergründe, die zu diesem Prozess führten, sind nicht mehr rekonstruierbar. In Anlehnung an die Schlagzeile des „Angestelltenkomplotts“ sollte wohl eher von einem „Ministerkomplott“²⁸ gegen Loeffellad die Rede sein. Denn als es Loeffellad ablehnte, seinen Angestellten Meier der Denunziation zu verklagen, ergab sich für die Reichsbahn die Gelegenheit, ihn im Sinne des Reichswehrministeriums gerichtlich verurteilen zu lassen und damit faktisch aus seinem Betrieb zu entfernen. Hierzu bedienten sie sich des Angestellten und Ingenieurs Benzing, dem eine detailgetreue Liste übergeben wurde, die eine vermeintliche Beimengung ausgemusterter Pufferware unter die abgenommene belegen sollte.

Neben dem Hauptzeugen Benzing stützte sich das Gericht in seiner Urteilsfindung auf die Aussagen eines Sachverständigen der Reichsbahn. Das *Donauwörther Anzeigenblatt* nennt hier einen „Oberreichsbahnrat Giesler“.²⁹ Ein solcher ist in den Quellen nicht zu finden. Es ist jedoch naheliegend, dass damit der freischaffende Keramiker und Architekt Hermann Giesler gemeint war, der Anfang 1931 noch in Blankenburg bei Nordendorf wohnte, bevor er im selben Jahr endgültig nach Altstädten bei Sonthofen umzog.³⁰ Da Giesler vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten nie ein öffentliches Amt bekleidet hatte, schien er von „interessierter Seite“ lediglich als „Dezernent am Zentral-Maschinenamt München“ betitelt worden zu sein, um die Interessen der Reichsbahn, mithin des Reichswehrministeriums, sachkundig zu vertreten. Als Architekt und rhetorisch begabter Nationalsozialist trat er gewissermaßen als Anwalt für die Reichsbahn auf, der den Richter und die Geschworenen am Amtsgericht Neuburg a. D. von den Vergehen Loeffellads erfolgreich überzeugen konnte. Damit errang die Reichsbahn ihren ersten Punktsieg gegen Loeffellad. Mit dem positiven Urteil für Dr. Loeffellad im außerdem angestrebten Zivilprozess wegen Schadenersatz wurde wieder Gleichstand hergestellt.

Alle Rechtsinstanzen zum Nachweis seiner Unschuld waren ausgeschöpft, ohne dass es Dr. Loeffellad auch nur im Ansatz gelungen wäre, die Reichsbahn und noch viel weniger das Reichswehrministerium mit dem Vorwurf der Illegalität zu kompromittieren. Wollte er seine Maschinenfabrik weiter betreiben und vor allem vor dem Zugriff der Militärs bewahren, blieb ihm unter den gegebenen Umständen keine andere Wahl, als sich mit dem Reichswehrministerium so auseinanderzusetzen, wie es im Vertrag vorgesehen war, nämlich durch Anrufung des Schiedsgerichts. Tatsächlich geschah dies etwa sechs Wochen nach dem die Revision ablehnenden Bescheid des Reichsgerichtshofs, also Anfang November 1931. Fortan kam Bewegung in die bis dato festgefahrene Situation: Das Schiedsgericht beauftragte die Revisions- und Treuhandgesellschaft, Loeffellads Bücher zu prüfen. Auf Grund des unkooperativen Verhaltens des Donauwörther Fabrikbesitzers gegenüber den staatlich beauftragten Rechnungsprüfern konnte diese Prüfung jedoch nicht abschließend durchgeführt und musste Ende November abgebrochen werden. Statt den von dem Schiedsgericht beauftragten Rechnungsprüfern vertraute der eigenwillige Fabrikbesitzer vorzugsweise jenen der regionalen Schwäbischen Treuhand AG in Stuttgart, die offensichtlich ihre Prüfung ungehindert durchführen konnten und am 1. Juni 1932 dem Schiedsgericht ihren Bericht vorlegten. Auf der Grundlage dieser beiden Prüfberichte urteilte das Schiedsgericht, indem es einen Vergleich anbot. Darin wurden Dr. Loeffellads Ansprüche auf die Gültigkeit des Vertrags bestätigt. Allerdings sahen die Mitglieder des Schiedsgerichts auch die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit des Heereswaffenamts mit dem Donauwörther Unternehmer und legten deshalb dem Reichswehrministerium nahe, die Fabrik für 650.000 RM zu erwerben.

Im Fazit bedeutete dieser Schiedsspruch die Wiederherstellung seiner bürgerlichen Integrität und setzte folglich die beiden Ministerien erneut unter Zugzwang. Um dies über den bereits eingeschlagenen Wege der gerichtlichen Auseinandersetzung zu erreichen, musste der Zeuge Benzing seine Aussage so modifizieren, dass Loeffellad nicht mehr belastet würde. Seiner letzteren Aussage wurde daher ein größeres Gewicht beigemessen als seiner ersten. Erreicht wurde dies durch Benzings Vereidigung.³¹ In der Zeugenvernehmung im Zivilprozess Mitte Juni 1932 wurde somit zum Schein eine Angestelltenintriqe erfunden, durch die der Betrugsvorwurf fallen-

gelassen werden konnte. Im Zuge des Wiederaufnahmeverfahrens wurde der Donauwörther Fabrikherr schließlich am 10. Juli 1933 freigesprochen.

Enteignung durch die Nationalsozialisten

Der positive Ausgang des Betrugsprozesses stärkte nicht nur Dr. Loeffellads Selbstvertrauen, sondern offenbar auch sein Vertrauen in die Justiz, ungeachtet der gravierenden politischen Veränderungen, die durch den Wahlsieg der NSDAP im März 1933 eingeleitet worden waren. Nur wenige Monate nach seinem Freispruch vor dem Landgericht Augsburg verkündete das Schiedsgericht Anfang Oktober 1933 einen Vergleich: Es stellte die Gültigkeit des Vertrags zwischen der Stamag und Dr. Loeffellad fest, empfahl aber dem Reichswehrministerium angesichts der vorausgegangenen Streitigkeiten den Kauf der Maschinenfabrik zu einen Betrag von 350.000 Mark. Bezeichnenderweise konzentrierte sich Dr. Loeffellad allein auf den Aspekt des Vergleichsvorschlags, der zu seinen Gunsten ausfiel, und ignorierte die Empfehlung des Verkaufs seiner Fabrik an das Reichswehrministerium. Aus der Perspektive der Militärs erwies sich dieses Vergleichsangebot nicht unbedingt gewinnbringend, da sie sich einerseits erneut mit dem ungeliebten Verhandlungspartner hätten auseinandersetzen und zum anderen selbst als Unternehmer hätten auftreten müssen.

Nach dem für Loeffellad positiven Ausgang des Zivilprozesses hätte das Schiedsgericht in seiner Sitzung zur Verkündung des verbindlichen Schiedsspruchs am 11. November 1933 ein für Loeffellad vorteilhafteres Angebot unterbreiten müssen. Dem kamen der Führer Adolf Hitler und seine Minister für Justiz, Dr. Gürtner, und für Finanzen, Graf Schwerin zu Krosigk, zuvor. Bereits am 10. Oktober 1933 beschloss die Reichsregierung das „Gesetz über die schiedsgerichtliche Erledigung privatrechtlicher Streitigkeiten des Reiches und der Länder“ und setzte es nur vier Tage später in Kraft.³² Unter diesen Bedingungen verzichteten die Mitglieder des Schiedsgerichts auf eine erneute Zusammenkunft zur Verkündung eines Schiedsspruchs. Am 14. November 1933 trat dann das Reichswehrministerium vom Liefervertrag mit der Maschinenfabrik Dr. Loeffellad zurück und machte den Weg frei für völlig neue Lösungen. Bevor sich diese herauskristallisierten, vermengten sich traditionelle Verhandlungsmethoden mit den Möglichkeiten des neuen nationalsozialistischen Regimes, und neue Institutionen wurden gegen alte ausgespielt.

Dr. Loeffellad fuhr zweigleisig: Einerseits strengte er eine Feststellungsklage vor dem Berliner Landgericht an, in welcher die Rechtmäßigkeit des Liefervertrages verbindlich festgeschrieben werden sollte. Andererseits bediente er sich informeller Kontakte zu den neuen nationalsozialistischen Machthabern in Bayern, insbesondere zu dem Reichsstatthalter und Chef des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, General Ritter von Epp, um Lieferaufträge vom Militär zu erhalten. Von Epp reichte Dr. Loeffellads Ansinnen an seinen Stellvertreter Oberst a. D. Friedrich Haselmeyer weiter, der mit ihm in Verhandlung trat und ihm letztlich Aufträge im Wert von 235.000 RM jährlich anbot.³³

Im Feilschen um die Maschinenfabrik Donauwörth manifestierten sich die Rivalitäten zwischen dem Wehrpolitischen Amt der SA und der Reichswehr sowie dem Land Bayern und dem Reich. Oberst Emil Leeb aus dem Reichswehrministerium wollte weder mit Dr. Emil Loeffellad noch mit Vertretern der Partei, sprich: des Wehrpolitischen Amtes verhandeln, sondern ausschließlich mit der bayerischen Staatsregierung. Als gebürtiger Passauer setzte er sich für die Standortinteressen des Landes Bayern ein und erklärte sich bereit, die Donauwörther Maschinenfabrik für die vom Rechnungshof festgelegten 650.000 RM zu erwerben. Loeffellad lehnte jedoch erwartungsgemäß ab und erhöhte seine Forderungen auf einen Betrag zwischen einer und drei Millionen Mark.

Hintergrund dieser enormen Forderungen waren die Schätzungen Eugen Böhringers, dem Vorstandschef der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg. Er verfolgte das Ziel, die Maschinenfabrik Donauwörth als Abnehmerin für zu viel produzierten Stahl zu gewinnen, ohne dabei das Risiko eines ausschließlich militärischen Betriebes zu tragen. Dabei dachte er an ein Konsortium bestehend aus Reichswehrministerium, bayerischem Staat und Stadt Donauwörth, welches die Forderungen Loeffellads für den Verkauf seines Betriebes übernehmen sollte. Dies hätte in Gestalt eines Gewerbesteuerverzichts der Stadt Donauwörth und der Bereitstellung eines Darlehens durch den Freistaat ermöglicht werden sollen. Böhringers Methode der unternehmerischen Kostenabwälzung auf die staatlichen Stellen war kein Einzelfall, wie Norbert Frei und andere betonen: „Die Verlagerung des langfristigen Investitionsrisikos auf den Staat lag generell im Interesse aller Unternehmen, die an der Aufrüstung partizipieren wollten.“³⁴ Der Freistaat Bayern lehnte dieses Angebot jedoch ab.³⁵

Die Vorteile des Böhringerschen Plans für die Maxhütte lagen auf der Hand: gesicherte Abnahme ihrer Stahlproduktion durch Staatsaufträge. Zudem wäre dadurch ein regionaler Produktionsverbund entstanden, der ein süddeutsches Pendant zu den Stahlkonzernen an Rhein und Ruhr geboten hätte. Das Reichswehrministerium hätte durch Erwerb der Maschinenfabrik ebenfalls profitiert, derart, dass ein heereseigener Betrieb mit der kompetenten Betriebsführung eines großen Stahlkonzerns ausgestattet und somit nicht mehr von dem Dilettantismus eines Privatunternehmers abhängig gewesen wäre. Die Kosten wären primär zu Lasten des bayerischen Staates und der Stadt Donauwörth gegangen. Den Ausweg aus diesem Dilemma fand ein gewisser Johann Martin (genannt) Max Zeidelhack. Er war nicht nur ein Vertrauter Böhringers, in dessen Betrieb er als Rechnungsprüfer gearbeitet hatte, sondern auch engster Mitarbeiter General Leeb im Heereswaffenamt, in das er 1934 gewechselt war. Sein Konstrukt einer Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH (Montan) sah statt aussichtsloser Verhandlungen mit Dr. Emil Loeffellad kurzer Hand dessen Enteignung vor. Die Funktionsweise der Montan fassen die Autoren um Norbert Frei auf der Basis der Forschungen von Barbara Hopmann prägnant zusammen:

Zeidelhack tat sich mit Böhringer zusammen, und im April 1934 stellten sie die Weichen für eine Verstaatlichung von Donauwörth und die anschließende Verpachtung an die Maxhütte. Letztere gab dazu den Firmenmantel der Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH kostenlos an Zeidelhack ab, und diese erwarb dann die Werksanlagen der Werkzeug- und Maschinenfabrik für den Fiskus. Später erteilte das Oberkommando des Heeres der Maxhütte einen Auftrag, der den Ausbau von Anlagen auf Rechnung des Reiches beinhaltete. Danach vereinbarten Heer und Maxhütte einen Mantelvertrag über das Objekt, und die Maxhütte gründete eine Betriebsgesellschaft für die Anlagen in Donauwörth. Diese trug nun den Namen Maschinenfabrik Donauwörth GmbH, hatte ein Kapital von einer Million Mark und pachtete die Werksanlagen von der Montan.³⁶

Geplant war die Einrichtung eines Produktionsrings mit der Maxhütte als Stahllieferant – Donauwörth als Produzent von Munition und Kriegsgerät – und Ingolstadt als Abnehmer. Um dies zu realisieren, musste eine schnelle Lösung bezüglich des eigenwilligen Fabrikbesitzers gefunden werden. Am

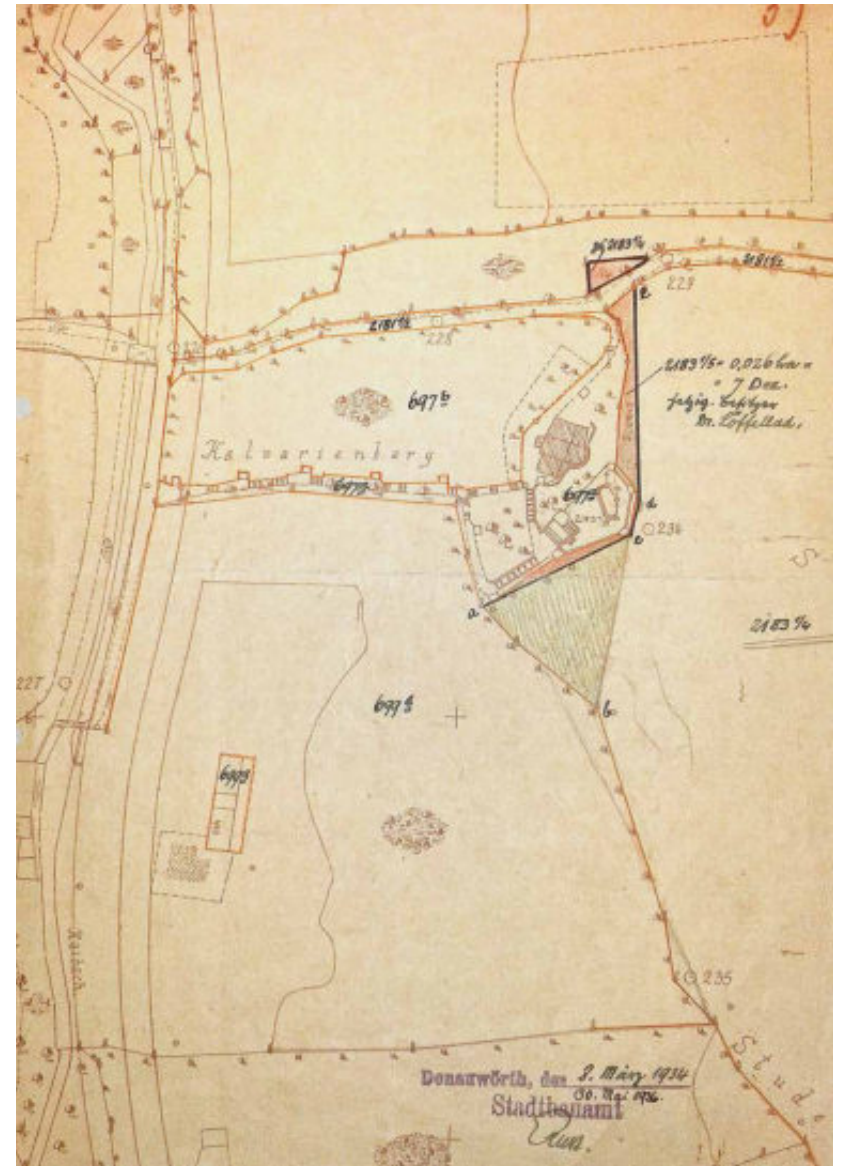


Wohnhäuser Zirgesheimer Straße 26 und 28, die Loeffellad auf seinem Grund des Hofguts Schellenberg für die Arbeiter der Maschinenfabrik errichten ließ. Fotos: Ottmar Seuffert.

8. Mai 1934 wurde Dr. Loeffellad von der bayerischen Politischen Polizei in Schutzhaft genommen und wenige Tage später ins Gestapo-Hauptquartier nach Berlin gebracht. Dort unterzeichnete er unter Androhung lebenslänglicher Haft und in Gegenwart von Max Zeidelhack und dem Notar Karl Deutschmann einen Vertrag zum Verkauf seiner Maschinenfabrik. Von dem Kaufpreis von 650.000 Mark hatte er die Hälfte an das Reichswehrministerium abzutreten.³⁷ Die Maschinenfabrik samt Wohnhäuser an der Zirgesheimer Straße wurden damit an die Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie und somit an das Reichswehrministerium abgetreten und faktisch von der Maxhütte betrieben. Von dem Unternehmer Kommerzienrat Dr. h. c. Emil Loeffellad blieb der Bauer Loeffellad übrig mit Titeln, die ihm wenig hilfreich waren.

Kommunale Steuerschulden

Zwei Jahre nach der Zwangsenteignung forderte das Finanzamt Donauwörth von Dr. Loeffellad Einkommenssteuer für das Jahr 1934 in Höhe von 130.603 RM, wobei der Gesamtverkaufsbetrag für die Maschinenfabrik in Höhe von 650.000 RM zu Grunde gelegt worden war. Gegen diesen Steuerbescheid legte er Widerspruch durch drei Instanzen ein, bis einschließlich des Reichsfinanzministers. Insgesamt erreichte er zwar eine geringfügige Reduzierung seiner Einkommenssteuerschulden, gleichwohl belief sich seine Gesamtsteuerschuld auf 142.505,11 RM inklusive „Umlagen aus dem



Loeffellad bot 1938 dem Stadtrat Grundstücke zur Begleichung seiner Schulden an. Karte des Stadtbauamts, Stadtarchiv Donauwörth, Plansammlung. Foto: Ottmar Seuffert.

Gewerbesteueranteil der Stadt Donauwörth in Höhe von RM 35.235,69³⁸. Die Berechnungsweise und die Höhe der errechneten Steuerschulden legen es nahe, dass damit gezielt jede künftige Gewerbetätigkeit von Dr. Loeffellad verhindert werden sollte. Seine Beschwerde bei den neuen NS-Bürgermeister Schöner über das Vorgehen der staatlichen Behörden belegen diese These: „Ich hatte wiederholt ersucht die Fabrikation wieder aufzunehmen, doch wurde dies von dritter Seite, wie Ihnen ja gegebenenfalls nicht unbekannt sein dürfte, mit allen Mitteln unterbunden.“³⁹

Es folgten jahrelange Verhandlungen und Verzögerungen, mit denen Dr. Loeffellad versuchte, möglichst optimale Bedingungen für eine Reduzierung seiner Gewerbeumlagensteuerschuld zu erreichen. Dennoch hielt er unbeirrt und gewissermaßen unbelehrbar an der kaum vorhandenen Möglichkeit, ein neues Produktionsgewerbe zu eröffnen, fest und verzögerte damit die Begleichung der Steuerschuld, für die ihm bereits ein Jahr Aufschub gewährt worden war. Erst als NS-Bürgermeister Schöner im Juni 1938 ihm weder weiteren Zahlungsaufschub noch einen weiteren Gesprächstermin gewährte, lenkte er ein und bot dem Stadtrat Grundstücke zur Begleichung seiner Schulden an. Da die Stadt Donauwörth unter notorischem Mangel an Baugrund litt, kam ihr dieses Angebot sehr gelegen. Geradezu ehrerbietig betitelte Schöner in seinem Schreiben Dr. Loeffellad mit „Herrn Kommerzienrat“ und „Gutsbesitzer“:

Die Stadtgemeinde Donauwörth erklärt sich mit einer solchen Regelung einverstanden. Bei Abtretung nachstehend aufgeführten Grund und Bodens sollen die Umlagenrückstände aus dem Jahre 1934 als abgegolten betrachtet werden: 1. Festwiese auf dem Schellenberg, 2. Pl. Nr. 2183 1/5 und Teilfläche aus 2183 1/4 (links des Fußweges auf dem Schellenberg), mit zusammen ca. 8 Dezimalen, 3. Vier Tagwerk aus Pl. Nr. 2194a. (...) Hinsichtlich der Festwiese am Schellenberg ist Ihnen vermutlich (...) ein Irrtum unterlaufen. Die Festwiese wurde von der Stadt im Jahre 1919 an Sie im Tauschwege abgetreten. In der Notariatsurkunde wurde der Wert dieser Wiese mit 300 M veranschlagt und auch in Rechnung gestellt.⁴⁰

Die Begehrlichkeiten der Stadt richteten sich insbesondere auf den sogenannten Förgacker, der an der Donau gelegen sich als bestes Baugebiet eignete. Im „Genehmigungsersuchen vor dem Ahnerbengericht“ formulierte Schöner dies wie folgt:

Die Stadtgemeinde Donauwörth kauft von dem Gutsbesitzer Dr. Löffellad, Gut Schellenberg, die Grundstücke Pl. Nr. 2194 a mit 6,92 Tagwerk und die Teilfläche von 1 Tagwerk aus Pl. Nr. 2194 b. Der Erwerb dieser Grundstücke ist für die Stadt ein äußerst dringendes Bedürfnis. Durch die ständige Abgabe von Bauplätzen in den letzten Jahren ist der Grundstücksbesitz der Stadt nahezu verbraucht. Geeignetes Baugelände ist nicht mehr vorhanden. Es musste daher mit allen Mitteln versucht werden, wieder Baugrundstücke zu bekommen. Das von Dr. Löffellad erworbene Gelände dient ausschließlich für Bauzwecke. Interessenten haben sich bereits gemeldet.⁴¹

Während Dr. Loeffellad davon ursprünglich nur zwei Tagwerk der Stadt angeboten hatte, übergab er nach zeit-extensiven und ausgeklügelten Verhandlungen schließlich nahezu acht Tagwerk dieser Grundfläche an die Kommune. Im Gegenzug erhielt er, wie gewünscht, von der Stadt/Spitalstiftung Donauwörth Wiesen mit den Plan-Nummern 1363 und 1367 (entlang des Oldenauwaldes) samt der Zufahrtswege. Der Privatweg vom Schellenberger Hof bis zur Einmündung auf den Förgacker ging an die Stadt und wurde zur öffentlichen Verkehrsstraße, während der Weg zu den Wiesen (Plan-Nr. 1363/1367) an Dr. Loeffellad übertragen wurde. Für den Grundstücksausgleich erhielt er zudem 10.000 Mark, formal für die mit Dauerklee bepflanzten Teile des Förgackers.⁴² Anders als in den Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium hatte sich Loeffellads Hartnäckigkeit auf kommunaler Ebene ausgezahlt und er konnte seine Steuerschulden vorteilhaft begleichen durch Grundstücksabgaben und Grundstückstausch sowie im Einvernehmen mit den Vertretern der Stadt.

Devisenvergehen und erneute Inhaftierung

Die Begleichung seiner Steuerschuld mittels Grundstücksabtretungen erlaubte Loeffellad, seine finanzielle Liquidität zu bewahren, um möglichst schnell die Produktion von Munition wieder aufzunehmen. Derartige Bestrebungen forderten jedoch seine nationalsozialistischen Widersacher heraus, gegen ihn vorzugehen und ihn endgültig als Privatunternehmer im nationalsozialistischen Reich auszuschalten. Allerdings bedurfte es mehrerer Anläufe, bis es seinen Gegnern gelang, ihm eine Straftat nachzuweisen.

Als sein Hauptgegner erwies sich der als Referent im Heereswaffenamt tätige Max Zeidelhack.⁴³ Dieser war nicht nur die treibende Kraft hinter seiner 1934 durchgeführten Inhaftierung und Enteignung, sondern auch der Geschäftsführer der gleichzeitig mit der damaligen Enteignung der Maschinenfabrik Donauwörth gegründeten Montan. In dieser Eigenschaft und als überzeugter Nationalsozialist duldete er weder einen widerspenstigen Charakter wie Dr. Loeffellad noch einen wirtschaftlichen Konkurrenten für Rüstungsaufträge aus dem Reichswehrministerium. An dem erneuten Versuch der Wiederaufnahme der Waffenproduktion und seiner Verhinderung spiegelten sich die divergierenden Interessen führender bayerischer Politiker einerseits und aktiver, ehrgeiziger Nationalsozialisten andererseits wider. Da Waffenproduktion im Dritten Reich eher gefördert als unterbunden wurde, bedurfte es schon eines schwerwiegenden Vorwurfs, der den Unternehmer beispielsweise als illoyal diskreditierte, um ihm dadurch von der Auftragsvergabe auszuschließen. Einen derartigen Vorwurf fanden Loeffellads Gegner im Jahre 1937 in der Behauptung, er würde Waffen für die Kommunisten produzieren. In den Entschädigungsakten aus den 1950er Jahren heißt es hierzu:

Im Jahre 1937 erschienen neuerdings Beamte der Gestapo auf Gut Schellenberg. Unter dem Vorwand, Herr Loeffellad habe in den Schellenberg hinein eine Fabrik gebaut und stelle dort Waffen für die Kommission her, wurde in tagelanger Durchsuchung alles umgedreht und umgewühlt. In Wirklichkeit hat selbstverständlich nicht einmal die Gestapo an die Richtigkeit dieser völlig abwegigen Anschuldigung geglaubt. Man wollte lediglich Herrn Dr. Loeffellad weiterhin unter Druck halten.⁴⁴

Die These von der „völlig abwegigen Anschuldigung“ bezog sich weniger auf das Faktum der versuchten Wiederaufnahme der Produktion von Kriegsmaterialien, denn dies hatte Dr. Loeffellad ja indirekt zugegeben, sondern vielmehr auf die Behauptung, er würde „Waffen für die Kommission“ herstellen. An einer anderen Stelle der Akten wird hier richtigerweise von „Kommunisten“ statt „Kommission“ gesprochen.⁴⁵ Gemeint waren wohl die im Spanischen Bürgerkrieg für die Republik kämpfenden Kommunisten und Linksintellektuellen.

Zeidelhack und seine Gefolgsleute zielten darauf ab, Loeffellad als „Volksschädling“ oder „Staatsfeind“ zu desavouieren. Zu Staatsfeinden erklär-

ten die Nationalsozialisten vorwiegend Kommunisten und Bolschewisten. Dr. Loeffellad als Unterstützer linker Aktivisten bloßzustellen sollte nicht nur eine Warnung an ihn, sondern auch an seine noch vorhandenen Sympathisanten in den bayerischen und Reichsministerien sein, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten. Dieser Vorwurf schien aber gleichermaßen maßlos wie absurd und verfehlte folglich sein Ziel. Loeffellad galt als Freund der DNVP (Deutsche Nationale Volkspartei) während der Weimarer Republik und war daher weit davon entfernt, irgendwelche Sympathien für Kommunisten zu hegen. Den innenpolitischen Rahmen für eine derartige Anschuldigung lieferte die Propagandaschlacht um den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939.⁴⁶ Jedes Engagement für die Zweite Spanische Republik, die in der deutschen Propaganda als bolschewistisch bezeichnet wurde, kam hierbei einer Unterstützung des Feindes gleich. Wie abwegig dieser Vorwurf war, belegen auch die Aussagen des für die Hausdurchsuchung zuständigen Gestapobeamten Goldbach, der nach dem Tode Loeffellads betonte, „dass er nie an die Richtigkeit dieser Anschuldigung geglaubt habe“.⁴⁷

Ungeachtet der sich als falsch erwiesenen Anschuldigungen entsprach es doch den Tatsachen, dass Loeffellad wieder in das Rüstungsgeschäft einsteigen wollte. Diese Unternehmungen blieben seinen Gegnern keineswegs verborgen, so dass nur zwei Jahre später sein Gelände auf dem Schellenberg erneut durchsucht wurde auf den Verdacht hin, „450–650.000 Liter Benzin und Öl unter seinem Garten in einem verborgenen Tank eingegraben“ zu haben.⁴⁸ Da auch diese Durchsuchung ergebnislos blieb, suchte die Gestapo Auskunft bei der IHK Augsburg, die eine Verhaftung gerechtfertigt hätte. Dort konnte man keine Eintragungen in das Handelsregister bestätigen und übermittelte lediglich vage Auskünfte eines Gewährsmannes: „Tatsache soll sein, dass ihm derzeit Räume zur Verfügung stehen, die ihm eine sofortige Beschäftigung von ca. 100 Arbeitern ermöglichen. Jedenfalls strebt L. danach, wieder Lieferungen für das Heer zu bekommen.“⁴⁹ So unbestimmt die Beweislage gegen Dr. Loeffellad auch war, so offensichtlich schien dessen Absicht zur Wiederaufnahme der Produktion. Da diese aber nicht illegal war, bedurfte es anderer Beweise, um ihn über den Vorwurf des „Volksschädlings“ eliminieren zu können.

Zeidelhack leitete weitere Untersuchungen ein, die Loeffellads Liquidität und Vermögen durchleuchten sollten.⁵⁰ Dabei stellten sich Hinweise

auf illegale Devisentransfers von einem Schweizer Bankkonto ein, die genügten, ihn Anfang 1940 erneut in Untersuchungshaft zu nehmen. Am 20. Mai 1941 wurde er vor dem Landgericht München I „wegen eines Verbrechens gegen das Volksverratsgesetz (...) in Tatmehrheit mit einem fortgesetzten Vergehen gegen (...) [Devisenausfuhr] zu einer Gesamtzuchthausstrafe von drei Jahren abzüglich ein Jahr fünf Monate Sicherungs- und Untersuchungshaft und zur Geldstrafe von 30.000 RM ersatzweise 30 Tage Gefängnis, sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.“ Zudem wurden ihm die „bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt“.⁵¹ Damit hatte Zeidelhack sein ehrgeiziges Ziel, die Ausschaltung eines unliebsamen Konkurrenten, letztlich erreicht. Am Tag des rechtskräftigen Urteils gegen Dr. Loeffellad rechtfertigte er seine Aktionen folgendermaßen:

Der seinerzeitige Vertragsabschluß, wonach das Werk nicht um RM 1.800.000, sondern um RM 640.000 in das Eigentum der „Montan“ übergang, wobei die Hälfte, nämlich 325.000 RM, der Staatskasse als Sühnesumme wieder zuflossen, war geschlossen worden unter der Einstellung, dass Löffelad das war und blieb, was jetzt endgültig bewiesen wird, nämlich ein Schädling des deutschen Volkes.⁵²

Es drängt sich die Frage auf, wie es Dr. Loeffellad gelingen konnte, eine weitere Fabrikhalle samt Maschinen und Treibstoff auf seinem Gelände auf dem Schellenberg zu errichten, nachdem er quasi entschädigungslos enteignet worden war und zudem hohe Steuerschulden beglichen hatte.⁵³ Zeidelhack gibt hier einen Hinweis auf seine Unterstützer, die sich vor allem aus den Reihen der bayerischen Ministerialbeamten und Militärs rekrutierten: „Für das H Wa A ist bemerkenswert, dass es Löffelad (...) unter Einschaltung der Rü In [Rüstungsinspektion] und des bayerischen Ministeriums, (...) fast gelungen wäre, auf seinem Gut wieder eine Fertigung für Rüstungsgerät aufzuziehen.“⁵⁴ Zum wiederholten Mal kommt in dem Streitfall zwischen Heereswaffenamt und Dr. Emil Loeffellad der Dualismus zwischen Bayern und dem Reich zum Tragen. Bereits in den Verhandlungen des Reichswehrministeriums mit der bayerischen Staatsregierung hegte Reichswehrminister Groener Zweifel an der bayerischen Loyalität und fürchtete zu große Sympathien der bayerischen Staatsregierung Dr. Loeffellad gegenüber. Zur Klärung der Frage einer möglichen Unterstützung Loeffellads durch bayerische Entscheidungsträger müssen zwei Punkte näher betrachtet werden:

zum einen das Verhältnis der bayerischen Militärs zur Reichswehr und zum anderen Loeffellads Bemühen, die bestehende Konkurrenzsituation zwischen SA und Reichswehr für seine Zwecke zu nutzen.

Loeffellad und der bayerische Partikularismus

Bayern pflegte während der Weimarer Republik den föderalen Gedanken zur Bewahrung und Stärkung der Eigenstaatlichkeit nach dem Ende der Monarchie. Insbesondere die Bayerische Volkspartei (BVP) verstand sich als Sammelbecken für Monarchisten und Konservative, die auch einen äußeren rechten Rand mit antidemokratischen und antiparlamentarischen Tendenzen einschloss. Nach den politischen Ausschlägen nach links während der Münchner Räterepublik 1918/19 und nach rechts durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 pendelte sich die bayerische Regierung unter der Führung der BVP auf einen Mitte-Rechts-Kurs ein. In den Worten von Katja-Maria Wächter übte sie zusammen mit der Einwohnerwehr und der bayerischen Reichswehr eine „de facto Alleinherrschaft“ im Lande aus.⁵⁵ Bayerns Betonung seiner Eigenstaatlichkeit basierte auf alten Reservatsrechten, die ihm das Recht und die Mittel zur Landesverteidigung zubilligten. Der Aufbau eines Reichsheeres nach der Weimarer Verfassung und die damit verbundene Einschränkung von Souveränitätsrechten, insbesondere in der Landesverteidigung, barg Sprengstoff für Auseinandersetzungen zwischen einem der monarchistischen Tradition verhafteten Land und republikanisch organisiertem Reich.⁵⁶

Wie Katja-Maria Wächter überzeugend darlegt, fand der militärisch basierte bayerische Partikularismus in der Person Franz-Xaver Ritter von Epps, einem Oberst aus dem Ersten Weltkrieg, einen wirkungsvollen Ausdruck. Respekt brachte ihm nicht nur sein Einsatz für das bayerische Leibregiment im Ersten Weltkrieg ein, sondern auch sein im Auftrag des Reiches erfolgter Marsch auf München, wo er am 1. Mai 1919 mit seinem Freikorps nach einem verlustreichen Kampf die linke Räteregierung stürzte. „Am 5. Mai nahm“ (...) er „auf dem Odeonsplatz den Vorbeimarsch seiner Truppe ab und ließ sich als ‚Befreier von München‘ feiern.“⁵⁷ Nach der Machtübernahme übernahm Ritter von Epp das Amt des Reichsstatthalters.

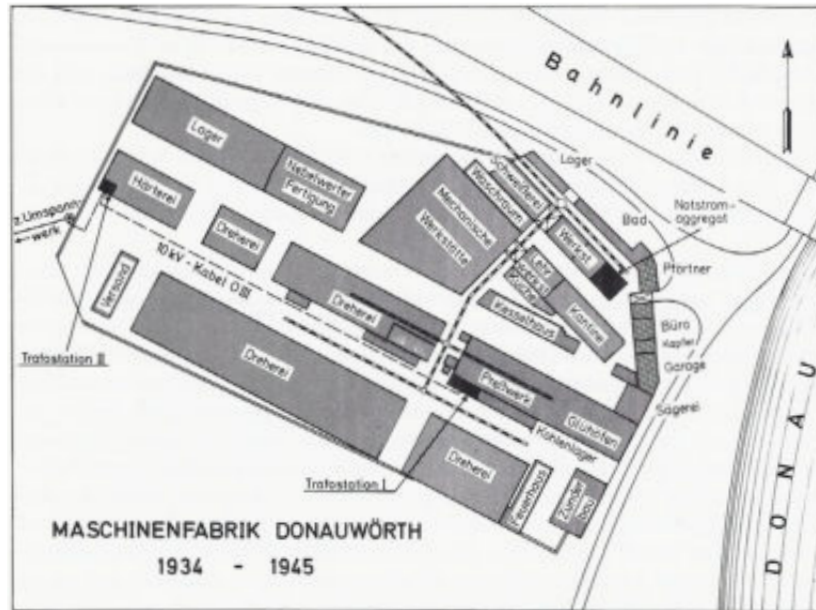
In den Quellen finden sich keine Hinweise darauf, dass Loeffellad in den späten 1930er Jahren Unterstützung von bayerischen Militärs erhal-

ten hätte, die es ihm ermöglicht hätte, eine weitere Produktionsstätte für Kriegsmaterial auf dem Schellenberg zu errichten. Dennoch ist die Aussage Zeidelhacks, dass er mit Hilfe der Rüstungsinspektion und des bayerischen Ministeriums beinahe wieder die Produktion aufgenommen hätte, nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Ungeachtet persönlicher Animositäten und Rivalitäten, die der aus der Oberpfalz stammende und seit Anfang der 1930er Jahre bekennende Nationalsozialist Max Zeidelhack seinen bayerischen Parteigenossen und Militärs gegenüber empfunden haben mochte, drückt er damit auch seine Erleichterung darüber aus, dass mit Loeffellad ein weiterer und vielleicht letzter Querschläger aus Bayern ausgeschaltet worden sei.⁵⁸ Tatsächlich hatte Loeffellad Kontakt zu führenden Nationalsozialisten aufgenommen. Im Oktober 1933, als das Schiedsgericht einen Vergleichspruch fällte, nach dem das Reichwehrministerium die Maschinenfabrik Donauwörth für 650.000 RM von Loeffellad erwerben sollte, wandte sich dieser an Reichsstatthalter Ritter von Epp, um von ihm statt vom Heereswaffenamt Rüstungsaufträge zu erhalten. Von Epp war zugleich Leiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, das Hitler im September 1932 gegen die anwachsende Macht der SA geschaffen hatte.⁵⁹ In dieser Position verfügte er über vergleichbare Befugnisse für die SA wie das Heereswaffenamt für die Reichswehr. Das Wehrpolitische Amt war dem Stabe der Obersten SA-Führung angeschlossen, dessen Führung ab Januar 1931 Ernst Röhm innehatte. Sein Machtstreben zielte auf eine militärische Organisation der Parteiwehr, die schließlich die Reichswehr ablösen sollte.⁶⁰ Wie oben gezeigt, können die Streitigkeiten um die Donauwörther Maschinenfabrik als Spiegelbild der von den Nationalsozialisten seit 1933 in Gang gesetzten Umstrukturierungen betrachtet werden. So bewegten sie sich einerseits im Rahmen der internen Auseinandersetzungen zwischen Reichswehr und SA (Wehrpolitisches Amt) und reflektierten andererseits auch die Behauptung bayerischer Eigenstaatlichkeit vor dem zunehmenden Reichszentralismus der Nationalsozialisten. Bezeichnend ist zudem Loeffellads Wahl seiner Unterstützer und Verhandlungspartner. Seine Kontaktaufnahme zum bayerischen Reichsstatthalter und NSDAP-Mitglied Ritter von Epp verweist zum einen auf seine Erwartung, von einem nationalsozialistischen bayerischen Militär eher Hilfe und Unterstützung für seine Fabrik zu erhalten als von einem bayerischen Ministerpräsidenten. Während der Verhandlungen 1929 wandte er sich weder an

den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Held noch schien dessen von den Nationalsozialisten eingesetzte Nachfolger Siebert ein Verhandlungspartner für ihn gewesen zu sein. Zum anderen spiegelt sich in seiner Hinwendung zu Ritter von Epp sein Geschick wider, bestehende Konkurrenzsituationen zu seinem Vorteil zu nutzen. Loeffellad glaubte im Wehrpolitischen Amt und der obersten SA-Führung einen Verbündeten gegen die Reichswehr gefunden zu haben. Tatsächlich erhielt er einen Termin bei dem im Volk populären Oberst Haselmayr.⁶¹ Im Unterschied dazu weigerte sich Oberst Leeb, Loeffellad überhaupt noch als Verhandlungspartner anzuerkennen. Schließlich zeigt dieser Annäherungsversuch auch, dass Loeffellad keinerlei Vorbehalte Nationalsozialisten gegenüber hegte, mit denen er sich auf Grund seiner kleinbürgerlichen Herkunft eher identifizieren konnte als mit einer im bayerischen Adel und im Bürgertum wurzelnden Ministerialbürokratie.

Wie Dr. Emil Loeffellad aus dem Poker um die Maschinenfabrik Donauwörth als Verlierer hervorging, setzten sich auch die nationalsozialistischen Aktionen im Umbau des föderalen Reichs hin zu einem zentralistischen Machtstaat im Gegensatz zum traditionellen bayerischen Partikularismus durch. Der von Bayern ausgehende und das Reich überwuchernde Nationalsozialismus akzeptierte bayerische Eigenheiten nur in kulturalistischer Form, während das Land politisch wie alle anderen Landesregierungen auch gleichgeschaltet wurde. Ritter von Epp war gewissermaßen ein Relikt aus alten Zeiten, mehr eine Symbol- und Integrationsfigur für katholische und monarchistisch gesinnte bayerische Landsleute, sich der neuen Bewegung anzuschließen. Sein Handlungsspielraum war gering verglichen mit jenen bayerischen SA-Kämpfern und NSDAP-Mitgliedern, die in einem starken Reich ihre Zukunft sahen.

Der Oberpfälzer Max Zeidelhack und Erzrivale von Dr. Emil Loeffellad gehörte zur Gruppe der letzteren und zählte zu den Hauptgewinnern von Loeffellads Enteignung. Er erhielt den lukrativen Posten des ersten Geschäftsführers in der von ihm geschaffenen Montan-Gesellschaft, der die Maschinenfabrik Donauwörth gleichermaßen als Gründungsbetrieb angehörte. Im Jahre 1943 mit Antritt Alfred Speers als Rüstungs- und Munitionsminister verlor er nicht nur diesen Posten, sondern auch alle weiteren Funktionen in der Montan und wurde darüber hinaus aus der NSDAP entlassen. Im Unterschied zur Dr. Emil Loeffellad, der durch seine Aktionen



Plan der Maschinenfabrik 1934–1945. Aus: Rudolf Rauter, *Licht für Donauwörth*.

Anfang 1940 erneut verhaftet wurde, zweieinhalb Jahre im Gefängnis verbrachte und nur wenige Jahre nach seiner Entlassung am 23. Februar 1946 auf seinem Gutshof starb, wurde Zeidelhack nach Kriegsende von den Alliierten lediglich als „Mitläufer“ eingestuft. Nach der Wiedereingliederung der Maschinenfabrik in die Friedrich Flick KG 1953 wiedererlangte er den lang erkämpften Posten des Geschäftsführers des inzwischen in Waggonbau und Maschinenfabrik Donauwörth, kurz WMD, umbenannten Werks an der Donau.

Dr. Emil Loeffellad im Fadenkreuz der großen Politik

Loeffellad gehörte, wie andere Unternehmer auch, zu den Gewinnern des Ersten Weltkriegs. Er profitierte von Aufträgen des Kriegsministeriums und häufte sich einen Reichtum an, der es ihm erlaubte, während des Krieges den Gutshof auf dem Schellenberg sowie die Trassmühle an der Donau zu

kaufen. Um seinen Reichtum dauerhaft zu mehren, fehlte es ihm aber an unternehmerischer Weitsicht. Er erhob den Kriegszustand zur unternehmerischen Norm und hätte damit in der, wie Bergien es nennt, bellizistischen Republik von Weimar⁶² vielleicht auch Erfolg haben können, hätte er als kleiner Kaufmann und Emporkömmling nebst Titeln auch den dazugehörigen Habitus eines bürgerlichen Industriellen erwerben können. Sein Streben nach dem persönlichen Vorteil stand ihm auf dem Weg zum Erfolg ebenso im Wege wie sein störrischer und kompromissloser Charakter. So mochten sich die Differenzen zwischen ihm und dem Heereswaffenamt auch deshalb verschärft haben, weil die Militärs ihn nicht als ihresgleichen anerkannten.

Neben diesen persönlich-kulturellen Gründen führten auch politische und ökonomische Bedingungen zu seinem Scheitern. Die erzwungene Betriebschließung von 1929 kann als Folge der Neuausrichtung der Wehrpolitik unter Reichswehrminister Wilhelm Groener und der Neustrukturierung des Verhältnisses der Wehrmacht zum Reichswehrministerium betrachtet werden. Die Finanzierung der Rüstungsaufträge für Dr. Loeffellad erfolgte aus geheimen Fonds der Reichswehr, die den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags zuwiderliefen. Damit wurden Freikorps und Einwohnerwehren von der Reichswehr unterstützt und vom Reichswehrministerium stillschweigend geduldet.⁶³ Ihre Finanzierung stammte aus bisweilen dubiosen Quellen, wie die Lohmann-Affäre offenlegte.⁶⁴ Dieser Skandal offenbarte das relative Eigenleben der Reichswehr innerhalb der Weimarer Republik. Erst mit Antritt des neuen Reichswehrministers Wilhelm Groener änderten sich die Verhältnisse dergestalt, dass die bewaffnete Macht unter das Primat der Politik gestellt wurde. Das Militär hatte künftig keine unabhängigen Planungen mehr vorzunehmen, sondern mit der ministeriellen Führung zusammenzuarbeiten, die als übergeordneter Koordinationsinstanz auftrat.⁶⁵ Die bisherige Geheimrüstung, die der Lohmann-Skandal ans Licht gebracht hatte, wurde in legale Kanäle gelenkt unter Einbeziehung des Reichskabinetts, der Führer der demokratischen Parteien und des Rechnungshofs. In Bezug auf die Geheimrüstung in Russland wurde damit der Wandel von der Finanzierung „aus teilweise obskuren Quellen“ hin zu einer Finanzierung dieser Rüstungsgüter aus Haushaltsquellen herbeigeführt.⁶⁶ Vor diesem Hintergrund müssen die Auseinandersetzungen Dr. Emil Loeffellads mit dem Heereswaffenamt bzw. dem Reichswehrministerium be-

trachtet werden. Die von Loeffellad ausgeführte Rüstungsproduktion erfolgte seit 1927 auf der Grundlage eines Liefervertrags mit der Stamag (Stahl- und Maschinenbau GmbH). Diese übernahm im Auftrag des Heereswaffenamts den gesamten Geschäftsverkehr mit den „Schwarzen Fabriken“, somit auch mit der Maschinenfabrik Dr. Emil Loeffellad in Donauwörth.⁶⁷ Exakt dieses Vertragsverhältnis und die Kompromisslosigkeit Dr. Loeffellads stellte den Reichswehrminister vor das Dilemma, einerseits eine zentralisierte, rationale militärische Planung unter dem Primat der Politik zu organisieren, andererseits aber bestehender Verträge einzuhalten. Zu keinem Zeitpunkt war die tatsächliche Stilllegung der Maschinenfabrik Donauwörth eine reale Option, da die aufgelegten Rüstungsprogramme auch bedient werden mussten.⁶⁸ Vielmehr ging es den Militärs und auch den Verantwortlichen im Reichswehrministerium um die Person Dr. Emil Loeffellads, mit der diese unter keinen Umständen mehr zusammenarbeiten wollten. Loeffellads herrischer und kompromissloser Charakter barg Sprengstoff für eine zweite Lohmann-Affäre, die vor allem Reichswehrminister Groener unter allen Umständen vermeiden wollte. Da Loeffellad auf legalem Wege nicht aus seinem Betrieb entfernt werden konnte, mussten Umwege und Umstände ge- bzw. erfunden werden, die ihn öffentlich desavouierten. Symptomatisch hierfür war der Reichsbahnprozess im Frühjahr 1931 in Neuburg an der Donau. Er muss als der freilich erfolglose Versuch der Militärs und Ministerien in Berlin gewertet werden, den störrischen bayerisch-schwäbischen Unternehmer in einem zermürenden öffentlichen Prozess in seine Schranken zu weisen und ihn schließlich als Betrüger stigmatisiert ins Gefängnis zu werfen. Sein eigensinniger und kämpferischer Charakter ließ ihn durch alle Instanzen klagen bis zum Reichsgericht in Leipzig, um die Revision seiner Verurteilung vor den Schwurgericht zu erreichen. Warum schließlich das Landgericht Augsburg seine Verurteilung im November 1933 aufhob, muss weiteren Forschungen überlassen bleiben. Es ist anzunehmen, dass zu diesem Zeitpunkt die Nationalsozialisten seine Ausschaltung über ein Reichsgesetz schon vorbereiteten und den Zwangsverkauf der Fabrik bereits avisierten.

Von der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem damit verbundenen Austausch der politischen Eliten versprach sich Loeffellad vor allem in seiner bayerischen Heimat Aussicht auf eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit in Bezug auf die Wiederaufnahme der Rüs-

stungsproduktion. In den Wirren des Regimewechsels, in denen sich die SA unter Ernst Röhm zu einer ernsthaften Bedrohung der Reichswehr zu entwickeln begann, standen seine Erfolgsaussichten nicht schlecht. Konkterkariert wurde diese Option jedoch durch einen ehrgeizigen, 1934 neu in das Heereswaffenamt berufenen Ministerialbeamten: Max Zeidelhack. Da er vorher als Rechnungsprüfer bei der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg beschäftigt gewesen war, erklärt sich auch der Eintritt von Eugen Böhringer, dem Geschäftsführer der Maxhütte, ab Anfang 1934 in die Verhandlungen um die Maschinenfabrik Donauwörth. Es zeigte sich aber, dass Böhringers Vorstellungen von der Übernahme der Fabrik dem alten Modell der staatlichen und regionalen Subventionen verhaftet blieb, während sein ehemaliger Angestellter in größeren Dimensionen dachte und das Montansystem entwarf, ein kompliziertes Regelwerk mit der Montan als Eigentümerin der Fabrik und der Maxhütte als Betreibergesellschaft, vertraglich verbunden über das Oberkommando des Heeres. Die rücksichtslose Enteignung Dr. Emil Loeffellads ging somit maßgeblich auf das Betreiben von Max Zeidelhack zurück, der fortan die Position des Geschäftsführer in der Maschinenfabrik nach der Enteignung von Dr. Emil Loeffellad übernahm.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Entrepreneur Dr. Loeffellad durch die Gründung seiner Maschinenfabrik der Stadt Donauwörth eine neue ökonomische Ausrichtung verlieh, die bis heute prägend ist. Denn trotz vielfachen Besitzerwechsels war und ist die Fabrik bis heute Lieferantin für Militär und Verteidigung und fungiert als größter Arbeitgeber der Stadt Donauwörth. Nach dem Abriss der Villa auf dem Schellenberg erinnert nur noch ein Straßename an den ehemaligen Gründer der Maschinenfabrik Donauwörth. Ungeachtet seiner schillernden Persönlichkeit ist Dr. Emil Loeffellad untrennbar mit der Industrialisierung der Stadt Donauwörth verbunden. Es gebührt ihm zweifellos ein gewichtiger Platz in den Annalen der Stadt.

Anmerkungen

- 1 GABRIELA SPERL, *Wirtschaft und Staat in Bayern 1914–1924*, Berlin 1996, S. 121.
- 2 HEINZ-J. BONTRUP und NORBERT NDROWOMYSLAW, *Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zu Bundesrepublik*, Heilbronn 1988, S. 94 ff.; MICHAEL SALEWSKI, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927*, München 1966.

- 3 MARITA KRAUSS (Hrsg.), *Die bayerischen Kommerzienräte. Eine bayerische Wirtschaftselite von 1880 bis 1928*, München 2016.
- 4 Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA) MHIG 1993 Bayerisches Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe an sämtliche Regierungspräsidien, München, den 22. Dezember 1925.
- 5 ERNST WILLI HANSEN, *Reichswehr und Industrie. Rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Mobilmachungsvorbereitungen 1923–1932*, Boppard am Rhein 1978.
- 6 Stahl- und Maschinen-Gesellschaft m.B.H., Berlin. Sie agierte als Deckfirma in der Versorgung der „Schwarzen Reichswehr“.
- 7 BayHStA MHIG 5216, Entwurf mit Reinschriften: Held an den Bayer. Stellv. Bevollmächtigten zum Reichsrat, Herrn Ministerialdirektor Sperr, Berlin, Bayer. Gesandtschaft, München, den 23. Dezember 1928.
- 8 BayHStA MHIG 5216, Beschäftigung der Firma Löffellad in Donauwörth durch die Reichswehr, München, 14.4.1929.
- 9 (Bundesarchiv (künftig: BArch), R 8135/4741, Bericht und 1 Anlage der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft Berlin über die bei der Firma Dr. E. Loeffellad, Donauwörth vorgenommene, nicht zu Ende geführte Prüfung, 28.11.1931/6.6.1932, Bl. 3.
- 10 Ebd.
- 11 BayHStA MHIG 5216, Reichswehrminister (Heer) an Bayerischen Ministerpräsidenten Herr Dr. Held, München; Berlin, den 31.5.1929.
- 12 KNUT WOLFGANG NÖRR, *Zwischen den Mühlensteinen. Eine Privatrechtsgeschichte der Weimarer Republik*, Tübingen 1988, S. 233–234.
- 13 Eine Rochade war entstanden, als einerseits Reichswehrminister Groener anordnete, dass ab 1.5.1929 keine Rüstungsaufträge mehr nach Donauwörth vergeben werden, und andererseits Dr. Loeffellad sich strikt weigerte, das Schiedsgericht anzurufen.
- 14 „Der nordschwäbische Stinnes vor Gericht“, in: Neue Augsburger Zeitung, 2. März 1931, Nr. 50.
- 15 BayHStA MHIG 5216, Ministerialdirektor Schenk an Oberbürgermeister Dr. Samer, München, den 25. Februar 1929.
- 16 Donauwörther Anzeigenblatt, 28.2.1931, und Neue Augsburger Zeitung, Nr. 50, 2.3.1931.
- 17 Bayerischer Landtag: Verhandlungen 1919–1933, 123. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 18. Juni 1931, Bd. 5: Stenographische Berichte zu den öffentlichen Sitzungen 1931 Nr. 97. Der Sozialdemokrat Erhard Kupfer verwies auf die ausbeuterischen Verhältnisse in der Donauwörther Fabrik.
- 18 In dem Brief beschuldigte Lohnbuchhalter Meier, dass mit Wissen und Anordnungen Loeffellads Puffer der Reichsbahn geliefert wurden, die bereits als mangelhaft ausgemustert worden waren. Donauwörther Anzeigenblatt, 2. März 1931.
- 19 Damit waren wohl die mangelhaften und zeitverzögerten Lieferungen gemeint. Donauwörther Anzeigenblatt, 2.3.1931. Kommerzienrat Dr. Loeffellad vor dem Schöffengericht Neuburg. Loeffellad hätte den Prozess verhindert können, wenn er eine Verleumdungsklage gegen Denunzianten Meier angestrengt hätte. Dem hat er sich jedoch bewusst verweigert, „aus ganz triftigen Gründen“ wie er vor Gericht aussagte. Wahrscheinlich wollte er damit andeuten, dass er eine spektakuläre öffentliche Verhandlung, in der er seine Unschuld beweisen konnte, einem unauffälligen Zivilprozess gegen einen Angestellten vorzog.
- 20 Reichswehrministerium (Groener) an das Bayerische Staatsministerium des Äußeren (Sperr), Berlin, 21.4.1929. BayHStA MHIG 5216.
- 21 Referentenentwurf über Zukunft der Maschinenfabrik Donauwörth, Staatsministerium in München, Mai 1929. BayHStA MHIG 5216.
- 22 Donauwörther Anzeigenblatt, 2. März 1931, Das Urteil im Prozeß Löffellad.
- 23 Neue Augsburger Zeitung, 2.3.1931, Nr. 50. „Der ‚nordschwäbische Stinnes‘ vor Gericht.“ Die Gerüchte bezogen sich auf die illegale Artillerieproduktion für die Reichswehr. Weniger spektakulär beschrieb das Donauwörther Anzeigenblatt vom 28.2.1931 den Prozessbeginn: „Vor dem Schöffengericht Neuburg begann heute unter großem Andrang des Publikums der in weiten Kreisen mit Spannung erwartete Prozeß“.
- 24 Neue Augsburger Zeitung, 7. November 1933, Nr. 258 „Angestelltenkomplott gegen Fabrikbesitzer“.
- 25 Ebd.
- 26 Nachdem vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts sein Revisionsantrag abgelehnt worden war, musste Loeffellad nolens volens das Schiedsgericht zur Lösung seines Streits mit dem Reichswehrministerium einschalten. Im November 1931 wurde dieses angerufen.
- 27 Es sind vor allem die Berichte in der Neuen Augsburger Zeitung vom 2.3.1931, Nr. 50; 9.8.1933, Nr.?, 7.11.1933, Nr. 258 und dem Donauwörther Anzeigenblatt vom 28.2./2.3.1931, die hier ausgewertet wurden.
- 28 In den Zeitungen war vom „Fall‘ Kommerzienrat Dr. Löffellath“, Neue Augsburger Zeitung, 9.8.1933, oder vom „Angestelltenkomplott gegen Fabrikbesitzer“, N.N., 7.11.1933 die Rede.

- 29 2.3.1931 „Das Urteil im Prozeß Löffellad“.
- 30 Hermann Giesler war der Bruder des letzten NS-Gauleiters von München und Oberbayern, Paul Giesler. Er war zudem Mitglied der „kommunistischen Siedlung Blankenburg“, in der eine Gruppe von mehr als 30 Männern und Frauen in der kleinen Ortschaft zwischen Donauwörth und Nordendorf lebten und arbeiteten. Diese Siedlung, im Zuge der Münchner Novemberrevolution im Frühjahr 1919 von Hans Koch(-Dieffenbach) gegründet, hatte nur eine Lebensdauer von wenigen Monaten, bevor sie im Sommer von der Polizei und Reichswehrosoldaten als „Spartakistennest“ ausgehoben wurde. Im folgenden Prozess wurde lediglich ihr Gründer zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Giesler blieb in Blankenburg, wo er Haus und Familie hatte, zog 1928 ins Allgäu nach Altstädten bei Sonthofen, um sich als Architekt und Keramiker selbständig zu machen. Seine politischen Sympathien überschritten damals die schmale Grenze zwischen extrem rechts und extrem links, so dass er SA-Mitglied wurde und sich als Redner für die NSDAP hervortat, in die er im Oktober 1931 auch eintrat. Erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gelangte Giesler sehr schnell in Amt und Würden. So wurde er nicht nur zum Bezirkskommissar von Sonthofen, sondern auch zum Leiter der Gauschule in Blaichach ernannt. Schließlich erreichte er mit der Ernennung zum „Generalbaurat der Hauptstadt der Bewegung“ 1938 durch den Führer persönlich den Höhepunkt seiner Karriere. Vgl. MICHAEL FRÜCHTEL, *Der Architekt Hermann Giesler. Leben und Werk (1898–1987)*, Institut für Baugeschichte, Kunstgeschichte und Restauration mit Architekturmuseum 2008, S. 24–25, S. 30–31 und S. 150 ff., und ULRICH LINSE, *Die Kommune der deutschen Jugendbewegung: Ein Versuch zur Überwindung des Klassenkampfes aus dem Geiste der bürgerlichen Utopie. „Die kommunistischen Siedlung Blankenburg“ bei Donauwörth 1919/20. Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, Beiheft 5 Reihe B, München 1973, bes. S. 95 und S. 152.
- 31 Dr. Loeffellads Strafverteidiger, der Donauwörther Justizrat Prochownik, hatte 1931 noch auf eine Vereidigung verzichtet. Benzing gab damals jedoch an, „dass er alle seine Aussagen auch unter Eid nicht anders machen würde“. Neue Augsburger Zeitung, 2.3.1931, Nr. 50. Zum einzigen jüdischen Anwalt und Bürger in Donauwörth, vgl. Ottmar Seuffert „Die Zerstörung eines Menschen in Donauwörth“, in: *Donauwörther Zeitung*, 1.8.2015.
- 32 <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/privatstreit-reich-laender33.htm>. Zuletzt gesehen am 8.3.2018. Siehe auch Elfie Rembold, „Der nordschwäbische Stinnes“ – Kommerzienrat Dr. Emil Loeffellad (1879–1946) und die Enteignung der Maschinenfabrik Donauwörth, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte*, Bd. 81 Heft 3, S. 745–772.
- 33 BayHStA MHIG 5216, Minister Seyboth (Vertretung Bayern beim Reich) an das Staatsministerium für Wirtschaft, Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe am 6. Oktober 1933.
- 34 NORBERT FREI, RALF AHRENS, JÖRG OSTERLOH, TIM SCHANETZKY, *Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht*, München 2009, S. 194.
- 35 BayHStA MHIG 5216. Ministerialdirektor Schenk, Vormerkung betreffend Löffellad – Donauwörth, 4. Januar 1934.
- 36 FREI U.A., Flick, S. 195, und BARBARA HOPMANN, *Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951*, Stuttgart 1996, S. 111–119.
- 37 BayHStA LEA 2424, Abtretungsvertrag (Abschrift), Berlin, 25. Mai 1934, Bl. 16 und Bl. 19.
- 38 BayHStA LEA 2424 „Gesuch der Anwälte Dr. G. v. Scanzoni und Dr. F. Woerber, München, (...), um Erlaß bzw. Erstattung von Reichssteuern () in Sachen Dr. h. c. Emil Loeffellad. Kom.Rat u. Landwirt in Zirgesheim b. Donauwörth/Bayern“, 14. Juli 1937 (beglaubigte Abschrift von Abschrift).
- 39 Stadtarchiv (künftig: StA) Donauwörth, Mag. II R 11 F 14/Nr. 539, Dr. E. Loeffellad an NS-Bürgermeister der Stadt Donauwörth, 8. Dezember 1937, Bl. 4. Wie hoch sein Vermögen tatsächlich war, zeigen seine Kaufinteressen: im Juli 1935 bot er 111.500 RM für den Eggelhof bei Augsburg, der aber an die Bayerische Bauernsiedlung München vergeben wurde, obwohl diese ein geringeres Gebot abgegeben hatte. <http://www.der-eggelhof.de/geschichte%20eggelhof%204.htm> (20.04.2018).
- 40 StA Don, Mag II R 11 F 14/Nr. 539, Schöner an Herrn Kommerzienrat Dr. Löffellad, Gutsbesitzer, Gut Schellenberg, 15. Juli 1938, Bl. 16.
- 41 StA Don, Mag II R 11 F 14/Nr. 539, An das Amtsgericht – Ahnerbengericht – Donauwörth, 13. Januar 1939.
- 42 StA Don, Mag II R 11 F 14/Nr. 539, Abschrift der Übertragungsvereinbarung vom 3. November 1938, B. 25. In einer Zusatzvereinbarung wurde Loeffellad die Nutzung des Förgackers auf fünf Jahre übertragen und zusätzlich 5.000 Mark für die Instandhalten der Wege bezahlt. Ebd., Vereinbarung (Abschrift) zwischen Schöner, Bürgermeister der Stadt Donauwörth, und Dr. Loeffellad, Donauwörth, den 7. November 1938.
- 43 Geb. am 18. Oktober 1891 in Bayreuth, gest. am 22. August 1955 in München.
- 44 BayHStA, LEA, BEG 14073, Antrag auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes

- zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953 (BGBl. I S. 1387) Anlage 1). Der Anwalt der Witwe Josefine Loeffellad berichtete von der vermeintlichen „Fertigung von Landmaschinen“.
- 45 BayHStA, LEA 2414, Entschädigungsantrag (Beglaubigte Abschrift) vom 5. August 1952.
- 46 Aus der zeitgenössischen Perspektive symbolisierte diese kriegerische Auseinandersetzung den Kampf zwischen dem sich konstituierenden Faschismus und Bolschewismus.
- 47 BayHStA, LEA 2414, Entschädigungsantrag (beglaubigte Abschrift) vom 5. August 1952.
- 48 BayHStA, LEA 2414, Entschädigungsantrag (beglaubigte Abschrift) vom 5. August 1952.
- 49 Bayerisches Wirtschaftsarchiv K 9.1 / 999, Industrie- und Handelskammer Augsburg an die Geheime Staatspolizei Augsburg, 31.10.1939.
- 50 BArch R 121/2840. Schreiben Zeidelhacks (Entwurf) an diverse Abteilungen des Heereswaffenamts, 3.6.1941.
- 51 BayHStA, LEA 2424, Urteil der 3. Strafkammer des Landgerichts München I, 3. Juni 1941.
- 52 BArch R 121/2840, Zeidelhack, Vermerk Betr.: Löffelad, Donauwörth, Berlin, 3. Juni 1941.
- 53 Nach Erlass des Haftbefehls wurden auf Veranlassung Zeidelhacks Loeffellads gesamter Maschinen- und Treibstoffbestand durch das Bezirkswirtschaftsamt München beschlagnahmt.
- 54 BArch R 121/2840, Zeidelhack, Vermerk Betr.: Löffelad, Donauwörth, Berlin, 3. Juni 1941.
- 55 KATJA-MARIA WÄCHTER, *Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868–1946)*, Frankfurt/Main 1999, S. 78f.
- 56 Siehe WÄCHTER, Ritter von Epp, S. 71 ff., und THILO VOGELANG, Das Verhältnis Bayerns zum Reich in den letzten Monaten der Weimarer Zeit (Juni 1932 – Januar 1933), in: *Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich. Forschungen zur bayerischen Geschichte vornehmlich im 19. Jahrhundert. Gedächtnisschrift für Wilhelm Winkler*, hrsg. v. den staatlichen Archiven Bayerns, München 1961, S. 461–488.
- 57 WÄCHTER, Ritter von Epp, S. 60.
- 58 Der SA-Führer Ernst Röhm (1887–1934) verkörperte den revolutionären Teil der NS-Bewegung. Er verstand sich mehr als Revolutionär denn als Politiker und strebte die Vollendung der nationalsozialistischen Revolution im Kampf an. Nach 1933 geriet er dadurch zunehmend in Opposition zu Hitler, der die Strategie des legalen Umsturzes verfolgte. In der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 wurde Röhm unter dem Vorwand, einen Putsch geplant zu haben, festgenommen und am folgenden Tag zum Selbstmord gezwungen. Mindestens 89 namentlich bekannte Gleichgesinnte wurden in dieser Nacht ermordet. Vgl. NORBERT FREI, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2001 (6. erweiterte und aktualisierte Neuauflage), S. 29–36, und IAN KERSHAW, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, München 2001, S. 109–120.
- 59 Zur Rolle des Wehrpolitischen Amts als von der SA ausgebaute Konkurrenz zur Reichswehr siehe JUTTA SYWOTTEK, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976, S. 42 f.
- 60 WÄCHTER, Ritter von Epp, S. 148 ff.
- 61 Dieser bot ihm an, Aufträge im Wert von 340.000 RM zu verschaffen, welches er jedoch erneut als ungenügend ablehnte. Nur wenige Monate zuvor, im September 1933, erzwang der Donauwörther Bürgermeister Dr. Friedrich Dessauer, unter der Zuhilfenahme der bayerischen politischen Polizei, die Eröffnung der Maschinenfabrik für einen Auftragswert von 236.000 RM. BayHStA MHIG 5216, Ministerialdirektor Schenk zu Munitionsfabrik Löffelad in Donauwörth am 17.11.1933.
- 62 RÜDIGER BERGIEN, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933*, München 2012.
- 63 „Nach der militärischen Niederlage und der Auflösung der Alten Armee kam es in Deutschland zu einer von der Reichswehr unterstützten ‚Teilprivatisierung‘ der Gewalt in Gestalt von Freikorps, Selbstschutzverbänden und Einwohnerwehren.“ Nach 1920 teillegalisierte die Reichswehr diese paramilitärischen Organisationen, indem sie sogenannten Landschutzorganisationen, vorwiegend im Osten der Republik gründeten. RÜDIGER BERGIEN, „Staat im Staate? Zur Kooperation von Reichswehr und Republik in der Frage des Grenz- und Landesschutzes“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 56 (2008), Heft 4, S. 643–678, S. 646 f.
- 64 Der Phoebus-Skandal, auch Lohmann-Affäre genannt, erschütterte 1927 die Republik. Im Zuge des Bankrotts der Phoebus-Film AG gelangten Informationen über die illegale Aufrüstung der Marine an die Öffentlichkeit. Kapitän Lohmann investierte illegale Gelder der Reichswehr unter anderem in die Filmgesellschaft Phoebus, um mit den erwirtschafteten Renditen die Marine aufzurüsten. In Folge der Aufdeckung dieser Verflechtungen und der illegalen Rüstung mussten sowohl der Reichswehrminister Otto Geßler als auch der Chef der Reichsmarine ihre Posten

räumen. Nachfolger Geßlers wurde Wilhelm Groener. Vgl. BERGIEN, Die bellizistische Republik, S. 161 ff., JOHANNES HÜRTER, *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)*, München 1993, S. 54 ff.

65 HÜRTER, Groener, S. 97.

66 Ebd., S. 106.

67 HOPMANN, Montan, S. 25.

68 MICHAEL GEYER, *Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980*, Frankfurt am Main 1980.